

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1870

6.3.1870 (No. 55)

Badischer Beobachter.

Bureau: Adlerstraße Nr. 20 in Karlsruhe.

Nr. 55.

Erste Ausgabe (Montag ausgen.)
Preis 1 R. 18 Kr.; durch die Post be-
wegen 1 R. 38 Kr. vierteljährlich.

Sonntag, 6. März

Insertionsgebühr:
die gespaltene Zeile oder deren
Raum 3 Kreuzer.

1870.

Die Freiburger Adresse.

(Schluß.)

A. Aus dem Breisgau, 28. Febr.

Dr. v. Döllinger gab folgende Schilderung badischer Zustände: „In keinem Theile Deutschlands hat man die Religion so beharrlich untergraben und die katholische Kirche so planmäßig zerrüttet, wie in Baden; die Mittel und Werkzeuge dazu bot eine bis ins Einzelne und Kleinlichste ausgebildete Bevormundung oder vielmehr völlige Unterjochung der Kirche durch die Staatsbeamten, hohe und niedere, in reichem Maße dar. Zwei Mittel aber waren es vorzüglich, welche die wirksamsten Dienste hier geleistet und in ihrer nicht etwa seit gestern begonnenen, sondern seit dreißig Jahren bereits konsequent fortgesetzten Anwendung jene Saat ausgestreut haben, die nun in so üppiger Fülle aufgeschossen ist; der eine Haupthebel zur Verführung und Entfittlichung des Volkes war — der Ausbruch ist nicht zu stark — die Brunnenergiftung, ich meine die Korruption des öffentlichen Unterrichts in den höheren sowohl, als in den Volksschulen.

Zu diesem Zwecke wurde die Bildung der künftigen Volksschüler in den Schullehrerseminarien Männern anvertraut, die den christlichen Glauben in den Gemüthern ihrer Pflegebefohlenen auszuröten verstanden. Vergeblich klagten die Katholiken seit Jahren laut in den öffentl. Blättern wie im Stillen auf dem Geschäftswege; alle ihre Bitten, Klagen, Beschwerden blieben in dieser, wie in jeder anderen Frage, unberücksichtigt. In ähnlicher Weise verfuhr man mit den Gymnasien und Lyceen; auch an diesen Anstalten wurden die Lehrer so ausgewählt, daß jetzt, wie ich aus dem Munde von Freiburger Professoren vernommen, und wie mir selbst von Studirenden häufig bestätigt wurde, die Jünglinge bereits als bewußte und erklärte Atheisten die badischen Gymnasien verlassen. Auf solchem Wege ist es, wie leicht vorauszu sehen war, und ohne Zweifel auch vorausgesehen wurde, nunmehr dahin gekommen, daß die Zahl derer, die sich noch dem geistlichen Stande widmen mögen, mit jedem Jahr sich verringert, und daß auch unter denen, welche gleichwohl zu diesem Stande sich bestimmen, viele ohne christlichen Glauben, folglich auch ohne Beruf, nur um des Brodes willen denselben erwählen.“ (Voll Herzensfreude verbreitete sich ein Freiburger Professor, wahrscheinlich auch ein Adressant, in Zahlen und Worten, wie zum Glück die Frequenz der Theologie sich mindere, wie die klerikalischen Institute im Absterben begriffen, und die ästhetische Wamsell, die „Freiburger Zeitung“, bestätigte unter Beifall der Intelligenz und „des Kerns der Bürgerschaft von Freiburg“, es sei dieses so und die Zahl der Theologie-Studirenden werde immer abnehmen, es werde auch immer weniger Geistliche geben. Wahr könnte es schon sein, denn wenn zu Gunsten eines Ordens alle Orden verfolgt werden, so weiß dieser eine Orden gründliche Dienste zu thun und nirgends mehr als im Kulturstaat Baden, man kann's

verspüren.) „Der andere nicht minder wirksame Hebel“, fährt Döllinger in seiner Rede vor einer großen Versammlung fort, „durch welchen die Religion geschwächt, die Kirche entwürdigt, verweltlicht und zu einer bloßen Polizeianstalt herabgesetzt werden sollte, bestand darin, daß man dem Bischof des Landes unter dem Namen eines Kirchenraths eine Anstalt zur Seite setzte u. s. w. u. s. w., „das ist denn“, sagt er weiter unten, „ein Zustand, der in den Annalen der katholischen Kirche seines Gleichen nicht hat, ein Zustand, der, so lange er nicht in seiner bösen und faulen Wurzel angegriffen wird, jede Möglichkeit eines Besserwerdens ausschließt. Darum ist auch die Stimmung aller noch gläubigen badischen Katholiken eine so trost- und hoffnungslose, wie außerhalb Badens mir nie und nirgends vorgekommen ist. . . . Das aber werden Sie nun begreifen, daß, wenn hier überhaupt noch eine Rettung möglich ist, diese nur auf dem von uns betretenen Wege, nämlich durch Freimachung der Kirche aus den Banden der Knechtschaft und Erniedrigung erreicht werden kann.“ — Fügen wir hinzu das Gesetz bezüglich des Examsens der jungen Geistlichkeit, der Emancipation der Schule, oder vielmehr das Hinauswerfen der Kirche aus derselben; die Kommunal- und konfessionslosen Mittelschulen; die Hochschulen, wie sie bestellt sind. Fügen wir hinzu das Stiftungsgesetz, die Civilheirath und wie die Dinge alle heißen, die an's goldene Zeitalter des l'etat sest moi erinnern: so dürfen wir sagen, Döllinger würde jetzt im J. 1870 die Farben manchmal noch etwas stärker auftragen müssen, als er es in dieser Rede im Jahre 1849 gethan. Jenes war das Loblied auf die Radikalen von ehemals: wie aber mühte es lauten auf die abhaken Demagogen, die durch die Reaktion, auf die aber die Herren, klug und weise wie sie sind, bei jeder Gelegenheit schimpfen, wieder zu Ehren gekommen sind? Ein Hoch der Gesinnungstüchtigkeit! Doch um die Adresse nicht zu vergessen: die Herren haben gesagt, nicht im Interesse einer kirchlichen Partei sollen sie Döllinger ihre Hochachtung; das ist freilich wahr, denn sie hätten die Heuchelei auf die Spitze treiben müssen, wenn sie Angesichts ihres Schriften-, Redens- u. Lehrendienstes das hätten behaupten wollen. Ob es nicht eine politische Seite habe, wollen wir hingestellt sein lassen. Döllinger verwahrte sich dagegen, daß der Gemeinrath von München die Sache auf ein Feld hinüberziehe, wohin es nicht gehöre. Darum dürfen die Herren auch von keiner politischen Seite reden! In der That, sie reden nur von wissenschaftlicher Ueberzeugung; worin besteht aber diese? Döllinger hat mit seiner Erklärung gezeigt, daß Hitze und Leidenschaftlichkeit nun einmal zu Nichts taugen, und ihnen hat er es zu danken, daß das Glauben an seine Unfehlbarkeit stark, stark in die Brücke ging, denn bereits sind jene Behauptungen, worauf er sich am meisten stützte, zur Evidenz widerlegt. Man kann sich der Erklärung Dr. Jörgs vollständig anschließen, und die Sache als ein Unglück für

Döllinger ansehen, ein Unglück, weil sie ihm seine Ruhe raubt, und ihn ohne seinen Willen zu schlimmen Dingen drängen kann. Was hat es nun mit der Adresse auf sich? Nichts: die Herren verwahren sich dagegen, wenn man sagt, sie hätten nach dieser oder jener Seite Propaganda damit machen wollen und es bleibt nun keine Annahme übrig, als die: sie hätten es gethan, wie eine Tischgesellschaft, die da gähnt, wenn die Nachbarn auch gegähnt haben: weiter ist durchaus nichts daran, als daß sie sich etwa vor der Welt lächerlich gemacht haben. (Den Rest des Aufsatzes in einer folgenden Nummer als Nachtrag.)

Landtagsverhandlungen.

† Karlsruhe, 3. März. 66. öffentl. Sitzung der zweiten Kammer. Berathung des Gesetzentwurfes, die Wahlbezirke für die Wahlen zur 2. Kammer betr. (Schluß.) Nach Baumstark sprach der Abg. Köhler. Derselbe sagt, er unterschätze nicht die Bedeutung dieser Vorlage, halte sie aber in verschiedener Richtung nicht für genügend. Wenn das Land mit anderen Staaten in eine engere politische Verbindung läme, so würde der Schwerpunkt in das Parlament fallen, sei es nun ein allgemein deutsches, oder das des norddeutschen Bundes, oder etwa das eines Südbundes, in welchem Falle der badische Landtag zurücktreten und man sich nach dem Wahlsystem für die Beschickung des Parlamentes zu richten haben würde. Blieben wir aber in den jetzigen Verhältnissen, so harmonire dieser Entwurf nicht mit dem allgemeinen Stimmrecht, bezüglich auf welches eine andere Einteilung geboten sei, da der Landtag auf dieser Grundlage nicht sicher nach der Volksmeinung sich zusammensetzen könne. Es läme aber doch darauf an, dem parlamentarischen System ein solches Wahlsystem zu Grunde zu legen, das den wahren Ausdruck der Volksstimmung zu Tage fördere; es sei nothwendig, in dieser Beziehung auf die größte Sicherheit Bedacht zu nehmen. Er vermöge nicht zuzugeben, daß die Regierungsvorlage, wie der Hr. Berichterstatter meine, das Richtige in traglichem Betreffe enthalte, obwohl er keineswegs verkennen wolle, daß Hauptgesichtspunkte bei dem Fortbau auf der seitherigen Basis in verbessernder Weise berücksichtigt worden seien. Auch der Abg. Köhler erinnert daran, wie er es als eine Nothwendigkeit erklärt habe, der Behandlung dieser wichtigen Sache zuverlässiges Material über die Verhältnisse der Wahlbezirke unterbreiten zu können. Die Frage sei übrigens keine neue; es biete sich aus früherer Zeit Material dar; er besitze einige Anhaltspunkte durch eine Schrift über die einschläglichen Verhältnisse aus dem Jahr 1841, nämlich in der Erwiderung, die Staatsrath Nebenius gegeben auf die Beschwerden wegen der ungerechten Einteilung der Wahlbezirke, worüber schon lebhaft Verhandlungen vor dem Zusammentritt der Kammern im Jahr 1819 geführt worden sind. Hierüber will Redner nichts weiter sagen, und nur konstatiren, daß in diesem Saale (jetzt) die Unrichtigkeit der Wahlkreiseinteilung zugegeben sei. Die Vorlage suche das nun zu verbessern, aber er lege das Gegentheil, und finde, daß bei Weitem mehr dazu gehöre. Ein Blick in die Schrift von Nebenius zeige, daß hauptsächlich das Steuerkapital bei der Bildung der Wahlbezirke zu Grunde gelegt worden sei. Hierzu befinde man sich aber noch gar nicht im Stande, es bestehe nicht einmal darüber ein genügendes Material. Historisches Material fehle ebenfalls, da die alten Wahlbezirke auf einer Landeseinteilung beruhe, die nicht mehr bestehe. Ein zweites Moment der statistischen Grundlage sei die Bevölkerungszahl. Nebenius bezeichne als Maßstab die Bevölkerungszahl und das Steuerkapital. Wenn Redner aber die Städte in das Auge fasse, so trete ihm das Mißverhältniß entgegen, welches der Abg. Baumstark bereits erwähnt hat. Er wolle deshalb Nebenius sprechen lassen, der bezüglich der Städte sage, es seien unter denselben vier

Berschiedenes.

△ Baden, 26. Febr. Schreiben ist keine Kunst, doch Wahrheit sagen, eine Sache, welche nicht Jedermanns Aufgabe ist. Wir besitzen hier einen Ritter, welcher dem § 72 unterfallen dürfte, doch dieser Ritter ist über das gewöhnliche Publikum erhaben und bleibt ein Ritter, bis seine Burg zum zweitenmale zusammenfällt. Ritterburgen leben nur in den Sagen der Vorwelt; die Jetztzeit sagt ganz bestimmt § 72 Str.-G.-B.

Aus Bielefeld, 27. Febr. wird geschrieben, daß in Rheinland und Westphalen es über 4000 Epileptische gibt, und ebenfalls das Bedürfnis eines Neubaus vorliegt. — In Berlin fand am Sonntag den 27. Febr. ein Laubstummeln-Maschenball statt, worüber die „Post“ mittheilt: Die eleganten Festräume des Stabes waren dicht gefüllt mit Gästen aus den verschiedensten Ständen, welche das gemeinsame Band der Gehör- und Sprachlosigkeit vereinigte. Der Ball, auf welchem auch der Direktor der Laubstummeln-Anstalt in Dresden erschienen war, machte auf den unbetheiligten Zuschauer und Zuhörer nur während der Tanz- resp. Musikpausen einen etwas fremdartigen Eindruck. Das Orchester spielte munter auf, wenn auch die Tanzenden die Takte nicht hörten. Dem Vortänzer, der, hier wörtlich zu nehmen, das Zeichen zum Beginn eines Tanzes mit hochemporgehobenen Händen gab und durch gräßliche Mundung des rechten Armes zur Hüfte die Herren zum Engagiren der Damen aufforderte, fehlte zwar die Sprache, nicht aber das Gehör, so daß er im Stande war, den zum Tanz angetretenen Paaren die Art desselben durch einmaliges Herum-

tanz zu veranschaulichen. Hin und wieder kam es allerdings vor, daß einzelne eifrige Paare nach fortanzten, wenn auch die Töne der Musik längst verklungen waren. Bis zur späten Morgenstunde dauerte das seltsame Fest und begeisterte die Theilnehmer so sehr, daß von ihnen eine Wiederholung der Tanzlustbarkeit, wenn auch nicht en masque, noch für den Monat März beschlossen worden ist.

Wien, Am 25. Febr. sind hier 17 Kisten im Gewichte von 57 Centnern angekommen für den kaiserlichen Hof. Die Kisten enthalten Geschenke, welche der Beherrscher Japans dem Kaiser Franz Joseph übersendete. Die Sendung war in französischer Sprache als Zucker und Kurzwaaren bezeichnet. — Die Regierung läßt für die Donau zwei gepanzerte Monitors bauen, jedes dieser Schiffe mit 24pfündigen Hinterladern armirt.

— Die „Constitutionelle Zeitung“ in Dresden hat folgende Berichtigung erhalten: „In der am 23. d. M. erschienenen Nummer der „Constitutionellen Zeitung“ befindet sich ein Bericht aus Delsmitz, Inhalts dessen sich ein dort in Garnison liegender Soldat aus dem Grunde erschossen haben soll, weil er zu militärischen Uebungen sich nicht geeignet habe. Dieser unglückliche Soldat war mein Sohn; derselbe erschoss sich jedoch nicht, weil er zu militärischen Uebungen nicht tauglich gewesen wäre, sondern, wie sein letzter, an mich gerichteter Brief und die Aussagen seiner Kameraden darthun, weil er durch eine wahrhaft inhumane Behandlung des ihm vorgesetzten Sergeanten W. bis zur Verzweiflung getrieben worden war. Heinrich Koch, Maler.

— Am 2. und 3. v. M. hatte man bei der Landfirche Umea

Gelegenheit, ein Schauspiel zu sehen, nämlich zwei große Rennthierherden, deren Besitzer in den Lappmarken Sorlese und Stensle zu Hause sind und sich veranlaßt gesehen hatten, ihre Heimath zu verlassen, wegen der Wilde, der ärgsten Feinde der Rennthiere, die in diesem Jahre in den lappländischen Gebirgsländern ungewöhnlich zahlreich sein sollen. Die Zahl der Thiere in jeder Herde war etwa 2000. Merkwürdig war die Geschicklichkeit, mit welcher die Hunde nach dem Kommando der Lappen die Herde manövrierten. Bei dem Uebergange über den Fluß mußte z. B. wegen der Schwäche des Eises eine lange Zugordnung beobachtet werden, und eine solche wurde von den Hundten mit Leichtigkeit hergestellt und kein Rennthier, das die Linie nur im geringsten zu überschreiten wagte, blieb ungestraft. Gleich hinter der Herde kam noch ein Hund mit einem Rennthier angelegt, welches sich auf dem Marsche verspätet hatte und zurückgeblieben war. Die Lappen beabsichtigten, den Winter in dem Küstenlande zuzubringen, und werden dann wahrscheinlich längs der Angermanna-Eis in ihre 45 deutsche Meilen entfernten heimathlichen Gebirge zurückkehren.

— Aus Beile in Jütland wird geschrieben, daß dort am 17. Febr. zwei Extrazüge mit Pferden, eingetroffen sind. Der erste Zug bestand aus 26 Waggons mit 208 Pferden und der andere aus 17 mit 136 Pferden. Niedrig gerechnet, repräsentiren diese beiden Ladungen ein Kapital von 80,000 Rbl. Sämmtliche Pferde kamen vom Markte in Ränders und sollen nach Deutschland. Am 18. Febr. sind ebenfalls zwei Züge, jeder mit 21 Waggons, in Beile angekommen.

geistige Mittelpunkte — ferner mit hervorragend gewerblichen Interessen drei — Pforzheim, Lahr u. Konstanz; für die fünf farb. Städte Ueberlingen, Offenburg, Rastatt, Baden u. Bruchsal werden historische Gründe angeführt, für Durlach, daß es die Residenz des Hauses Baden-Durlach und für Wertheim, weil es der Sitz der Kreisregierung war.

Abg. Kossirt kann nicht finden, daß durch dieses Alles ein Privilegium der Städte gegenüber der Landbevölkerung begründet werde, daß die Städte mit nur 180,000 Einwohnern ein Drittel Landtagsdeputierte, und die Bewohner des flachen Landes mit 1,200,000 Seelen zwei Drittel der Abgeordneten zu wählen haben sollen. Redner meint, wie die politischen Wahlbezirke mehr oder weniger willkürlich gebildet würden, so ließen sich, abgesehen von den Städten, auch die Landwahlbezirke, bei denen noch immer bedeutende Differenzen bestehen bleiben, gleichheitlich eintheilen. Endlich verweist Redner auf die Wahlen zum Zollparlament und das allgemeine Stimmrecht, erklärt, daß die Frage noch nicht spruchreif sei, und beantragt: die Regierungsvorlage nach § 54 der Geschäftsordnung zur näheren Prüfung an eine Kommission zu verweisen. Der Antrag ist unterstützt von Baumstark, Lender, Lindau.

St.-M. Dr. Jolly. Von den Vorrednern wurden theils materielle, theils formelle Bedenken gegen die Regierungsvorlage erhoben. In materieller Beziehung gelten die Einwendungen der Städtebevölkerung. Es sei aber nur eine Reform beabsichtigt, keine prinzipielle Umgestaltung. Redner hält das für das Richtige, weil mit Anlehnung an das historische, und auch für das Bessere. In welchem Verhältnis würden die Städte bei dem reinen Kopfzahlssystem kommen? Außer Mannheim, Heidelberg, Karlsruhe und Freiburg würde überall die Landbevölkerung überwiegen. Nur bei ganz großen Städten ließe sich das Kopfzahlssystem anwenden; solche Großstädte existiren aber bei uns nicht, und die Städtebevölkerung vertheilt sich in kleine Städte. Was die formelle Bemängelung anbetreffe, daß dem Hause das genügende Material zur Prüfung der statistischen Verhältnisse nicht geboten sei, so verweise er auf das Staatshandbuch, welches in genügendem Maße das Dienliche enthalte. Die Regierung habe es sich prinzipiell zur Aufgabe gemacht, die Wahlbezirke mit möglichst gleichmäßiger Bevölkerungszahl zu bilden. Das Steuerkapital könne nicht mehr in erster Reihe maßgebend sein, schon mit Rücksicht auf die Städte nicht; nur die und da sei auf das Steuerkapital nebenbei Rücksicht genommen worden. Ein Hauptaugenmerk gelte der geographischen Lage; auch habe man thunsüchtlich die Städte zu Wahlbezirken zusammengelegt. Da aber 59 Amtsbezirke bestehen, und 43 Landwahlbezirke zu bilden waren, so mußten nothwendig Amtsbezirke getheilt werden, zumal auch Amtsbezirke z. Th. nicht die für einen Wahlbezirk erforderliche Bevölkerungszahl enthalten. Redner erachtet die Prüfung durch eine Kommission nicht für nöthig.

Kiefer. In der Natur der Frage liege es, daß eine Reihe von Wünschen unerfüllt zu bleiben habe, das bringe die Schwierigkeit im Ganzen wie im Einzelnen mit sich. Am besten sei, prinzipiell durchzugehen. Er glaubt nicht, daß wenn eine Kommission mit noch so reichem Material eine Prüfung vornehme, etwas Besseres herauskommen werde. Es sei auch die Befriedigung der Mitglieder des anderen Hauses im Auge zu behalten, weil es grundsätzliche Gegner habe, man zeige, daß keine Hintergedanken bestehen; die Grundsätze, auf welchen diese Wahlkreiseintheilung beruhe, lägen klar vor. Redner gibt Baumstark zu, daß das Land ein Agrarstaat und es richtig sei, daß der überwiegende Theil der Bevölkerung ein aderbauender sei, das finde sich aber in dem Entwurfe auch berücksichtigt. Andererseits könne aber auch die Bedeutung der Industrie nicht hinweggemotiviert werden. Allerdings hätten wir noch nicht die großartigen industriellen Emporien wie im Norden, aber dazu werde es im Süden schon kommen; seit der Gründung des Zollvereins sei der Industrialismus gewendet und im stetigen Vordringschreiten. Nicht aber erst nach erreichtem Höhepunkte soll die Industrie ihre Interessenvertretung haben, sondern schon und gerade bei der Entwicklung, und aus diesem Gesichtspunkte gebühre den Städten wenn auch mit vorerst kleiner Industrie eine entsprechende Vertretung. Hier bespricht der Abgeordn. Kiefer etwas eingehend die Verhältnisse Offenburgs, dem er eine industrielle Zukunft prognostiziert. Redner erklärt sich gegen Baumstark's Ansicht, den Städten eine besondere auf die Interessen gegründete Vertretung in der ersten Kammer zu geben. Eine Interessenvertretung bestche in der ersten Kammer nur theilweise, im Grunde sei die Vertretung in der Herrenkammer eine historisch-territorial-herrschaftliche und konfessionelle, von den Interessen der heut. Bevölkerung der Volksbewegung grundverschiedene. Bei richtiger Wahlkreiseintheilung werde man in der 2. Kammer auch eine Interessenvertretung haben, obgleich nur Wähler vertreten würden; eine Interessenvertretung, etwa wie der sel. Dr. Staßl die alte ständ. Vertretung, auf welche Baumstark's Auffassung hindeuten scheint, wolle er nicht. Das Interesse, welches in der Volksvertretung seiner Meinung nach repräsentirt sein solle, sei das der heutigen Erwerbsgenossenschaft, namentlich der städtischen Kreise; und dieses sei in dem Entwurfe vorgesehen. Letzteren finde er den heutigen Verhältnissen angepaßt. Historische Beziehungen, konkrete Wünsche und Interessen seien nicht zu befriedigen. Der Entwurf habe die Amtsbezirke, in welchen nach den verschiedensten Beziehungen das Volk seine Mittelpunkte sieht, als Grundmaterial zur Bildung der Wahlbezirke verwendet, und nur wenige Zerreißungen von Amtsbezirken, die nicht zu umgehen gewesen, haben stattgefunden. Redner erklärt die Grundsätze, nach denen die Regierung gehandelt, für die richtigen nach der Lage des Landes, und daß die Eintheilung der Wahlbezirke nach keiner Richtung hin ungerecht sei. Er stimmt für den Antrag des Berichterstatters.

Lindau. Von allen Gesetzesentwürfen, die in dieses Haus gebracht worden, habe er den vorliegenden am freudigsten begrüßt; doch sei damit noch nicht erreicht, was die volle Erfüllung der Wünsche wäre, die man in Bezug auf eine richtige Eintheilung der Wahlbezirke zu hegen habe. Er bedaure, daß die St. Regierung der Prüfung des Entwurfes nicht mit einem umfassenden Materiale zu Hilfe gekommen sei. Für ihn würden namentlich die Steuerkapitalien und die konfessionellen Verhältnisse Gegenstand eingehender Vergleichen gewesen sein. Er habe sich eine Karte gefertigt, und bei seiner Beurtheilung mehrfache Abweichungen gefunden von den Grundsätzen und Verhältnissen, die seiner Meinung nach vorzugsweise hätten in Berücksichtigung fallen sollen. Redner gibt zu, daß man nicht absolut die Amtsbezirke zu Wahlbezirken machen konnte, aber man habe auch Kreise zerrissen, z. B. die Kreise Baden, Balingen, Waldshut. Wie Baumstark, so spricht sich auch Lindau gegen die Benachtheiligung der Landbevölkerung durch das Städte-Privilegium aus; und sagt noch besonders bei, daß seine Partei die Städte ja erheben, nur in anderer Weise denselben einen Vorzug einräumen wolle.

Ein gewichtiges Moment sei noch nicht hervorgehoben worden, das konfessionelle Element. Er gebe zu, daß in der Regierungsvorlage, oberflächlich solche betrachtet, die Ungerechtigkeit ausgeglichen scheine; jedoch näher besehen, befände dieselbe

fort, — er wolle nicht behaupten absichtlich, aber thatsächlich sei es der Fall. Nach der Statistik, die er sich aufgestellt, seien 30 Landwahlbezirke so eingerichtet, daß die Protestanten die entscheidende Majorität da hätten. Das wäre kein Beweis von Parität und Toleranz. Bei einigen Bezirken zeige die Zusammenlegung eine auffallende Verletzung der konfessionellen Theile. Redner will beifalls keine längere Aufzählung machen, sondern nur als Beispiel einen Fall erwähnen. Den großen protestantischen Ort Altenheim habe man von dem Amtsbezirk Offenburg abgerissen und zu Lahr geschlagen, um ein Uebergewicht der Protestanten herzustellen. Wenn der Entwurf an eine Kommission zur Prüfung verwiesen werden sollte, würde er ähnliche weitere Fälle derselben nachweisen. Sonderbar sei es ferner, und wohl nur zufällig geschehen, daß gerade diejenigen bisherigen Wahlbezirke zerrissen wurden, welche oppositionell gewählt hätten. Er hätte noch manche Bemerkung zu machen über anscheinend unwichtige, doch aber bedeutsame Momente, wie bezüglich der geographischen Lage, der Straßenverbindungen, wolle aber schließen, und nur betonen, daß es nothwendig sei, die Vorlage einer Kommission zur Prüfung zu überweisen. Im anderen Falle werde er gegen das Gesetz stimmen.

St.-M. Dr. Jolly erwiedert, es habe eine konfessionelle Rücksicht zum Nachtheil der Katholiken bei Aufstellung dieser Wahlbezirke nicht gewaltet. Redner zählt eine Reihe rein katholischer Bezirke als Beweis auf. Die politische Kreiseintheilung sei in Bezug auf die Wahlbezirke bedeutungslos. Was Altenheim betreffe, so habe der Bezirk Lahr nur 23,000 Einwohner und sei Altenheim als seiner natürlichen Lage nach am passendsten dazu geschlagen worden. Im Kreise Baden, der meist aus kath. Orten bestche, seien jetzt 6 Wahlbezirke statt bisher 4. Es sei durchaus in keinem Falle nach konfessionellen Rücksichten verfahren worden. Er habe gerade in dieser Richtung den Entwurf, nachdem er vollendet, geprüft, und gefunden, daß die Katholiken sich nicht beklagen können.

v. J. e. d. e. r hebt hervor, daß der Reg.-Entwurf eigentlich nur darin eine Aenderung zeige, daß Ueberlingen und Wertheim ihr seitheriges Wahlrecht verlieren. Er hofft, daß dieses Gesetz nur eine provisorische Bedeutung haben werde, da das direkte Wahlrecht kommen müsse, wozu Wahlbezirke überflüssig werden, und da ferner die Verschiedenheit der Wahlsysteme im Lande mit Nothwendigkeit auf eine höhere Einheit hindrange. Diese Sache sei noch nicht spruchreif; man hätte es füglich einweisen noch beim Alten lassen können; da würde es sich darum handeln, das Städteprivilegium zu dulden; so werde es aber neu stipulirt. Die Städte hätten ja ohnehin ein natürliches Uebergewicht; es lägen 17 Karlsruhe in der Kammer (Heiterkeit), von Mannheim 7, von Heidelberg 4, von Offenburg 3. — Es bedürfte ein Wahlsystem, wie die Entwicklung in Deutschland solches bedinge. Wenn die Städtevertretung bestehen solle, so sei die Wahl durch den Gemeinderath vorzunehmen — das System sei nicht mehr aufrecht zu erhalten, und es daher unopportun, jetzt Wahlkreise zu bilden. Man hebe da einerseits Mißstände auf, auf der andern Seite würden solche hervorgerufen — es sei ein Fallen von einem Extrem in das andere. Der Entwurf beruhe nicht auf klaren durchsichtigen Prinzipien — und die Frage sei im Ganzen noch nicht spruchreif.

Lamey weist auf die Verfassungsurkunde hin, wonach eine Besetzung des Städteprivilegiums unthunlich sei ohne Verfassungsänderung. Der Entwurf enthalte eine wesentliche Verbesserung der seitherigen Verhältnisse, das werde auch der Abg. Lindau zugeben. Er habe die Vorlage genau geprüft und keine tendenziöse Absicht entdeckt, sein Urtheil sei ein unbefangenes, beruhe auf rein objektiver Ueberzeugung. Ueber Einzelnes solle man nicht streiten, das sei höchst unfruchtbar. Ist für unverständere Annahme.

Es folgen nun noch persönliche Erklärungen zwischen Kiefer und Kossirt wegen Mißverständniß.

St.-M. Dr. Jolly nimmt nochmals das Wort, um Lindau gegenüber darzulegen, daß die Katholiken nicht benachtheiligt seien. Gegen das Haus gewendet, sagt der Staatsmin., gleichsam wie anklagend, er habe den Abgeordneten der katbol. Volkspartei nachgewiesen, und namentlich Lindau überwiesen, daß die Katholiken keinen Grund haben, über Bevorzugung der Protestanten zu klagen; aber sein Wort der Anerkennung und Zustimmung sei von dieser Seite zu vernehmen gewesen.

Lindau entgegnet, er werde auf dem Wege der Presse seinerseits den Nachweis führen, daß der Hr. Staatsminister nicht Recht hat. (Darüber, daß Lindau von der zuwillingen Zerreißung solcher Wahlbezirke sprach, die oppositionell gewählt hätten, hat der Hr. Staatsminister auch kein Wort vernommen lassen.)

Berichterstatter Kirsner ging schließlich die verschiedenen Einwendungen durch, und beleuchtete nochmals die Sache von allen Seiten. Es wurde sodann über den Antrag des Abg. Kossirt abgestimmt, der mit großer Majorität fiel. Es erhoben sich dafür außer dem Antragsteller nur Baumstark, Lender und Lindau.

Die Spezialdebatte bot nichts Besonderes. Einige eventuelle Anträge wurden fallen gelassen.

△△ Karlsruhe, 4. März. Wie wir aus bester Quelle erfahren, ist das allgemein verbreitete Gerücht, der Reichstagsabgeordnete Lasker habe den Zähringer Löwenorden erhalten, durchaus ungegründet. Die „Karlsruher Zeitung“ versichert ja auch, Lasker habe die bekannte Demonstration im Reichstage ohne jeglichen Auftrag des Gr. Ministeriums, ohne dessen Wissen und Willen gemacht; und die „Karlsru. Ztg.“ sagt nie eine Unwahrheit!! Wäre dem Bundeskanzler bekannt gewesen, was die „Karlsruher Zeitung“ in ihrem offiziellen Artikel versichert, er würde es gewiß nicht unternommen haben, in seiner schroffen Rede das badische Ministerium so bloß zu stellen, wie er gethan hat. Der Bundeskanzler ist unserm Ministerium eine glänzende Satisfaktion schuldig. Natürlich wird er sich beeilen, solche zu geben. Wir werden wohl in den Stand gesetzt sein, dieser Lage unsern Lesern Mittheilung zu machen von der vollständigen Genugthuung, deren sich das Groß. Ministerium durch den Herrn Bundeskanzler zu erfreuen haben wird.

□ Freiburg, im Febr. Es lebe die Freiheit! Gleichzeitig mit der Einführung der Civilhehe wurde dahier auch ein neues Begräbnißstatut veröffentlicht, wonach zunächst auf Verlangen Jeder ad libitum „bürgerlich“ beerdigt werden kann. Das nennt man unter Aufsicht des Standesbeamten als Obertodtengräber „bürgerlich“ beerdigen. Standesbeamten

und kein Ende! Das Statut schreibt ferner den Gebrauch nur einer Glocke bei Leichenbegängnissen vor, nur „mit polizeilicher Erlaubniß“ (wörtlich) darf künstlich am Grabe gesungen werden. Die Inschriften auf Grabsteinen müssen nach wie vor beim Stadtbauamt zuvor genehmigt werden, wobei zu erwarten steht, daß Niemand sich einer dem Stadtbauamt nicht geläufigen Sprache bedienen wird. Mehrere Paragraphen dieser umfangreichen Friedhofsordnung athmen nicht den Geist der bürgerlichen Selbstverwaltung, wohl aber hauchen sie den Moderbust bürokratischer Vielregierung aus. Diese Paragraphen stammen meistens (man sieht es ihnen an) aus älterer Zeit, und da es heutzutage im Geist der Zeit liegt, fast alles zu ändern, so mußten diese Paragraphen stehen bleiben. — Diese Todtenarbeit muß aber in der Gemeinderathskanzlei zugleich schöpferische Gedanken erzeugt haben (les extrêmes se touchent), denn um dieselbe Zeit begann unser städtisches Verkündigungsblatt auf seiner Rückseite zu politisiren. Der erste Reim zu einem Stadtmoniteur redigirt auf der Gemeinderathskanzlei selbst ward damit gelegt, der freimüthige Gedanke der amtlichen Verkündigungsblätter ins Gemeinderäthliche bürgerlich geistvoll herübergeleitet und das Prinzip der Preßgewerbefreiheit zu Gunsten städtischer Kanzleien ein- für allemal statuiert. Der Standesbeamte ist auch Buchdrucker! Gott grüß' die Kunst! Warum denn nicht? Da die hiesige Bürgerschaft zum größten Theil aus Katholiken besteht, Freiburg auch gewöhnlich eine Bischofsstadt ist, so muß natürlich diese Rückseite wenigstens vermittelt einer Masse zusammengelener giftgeschwollener Artikelchen gegen das Concil und gelegentlich angebrachter Ausrufungszeichen und Bibelzitate in Klammern für die Fernhaltung religiöser Empfindlichkeiten zwischen Logen- und Münsterkatholiken besorgt sein. — Es ist selbstverständlich, daß durch das heilsame Wirken dieses gemeinderäthlichen Organs die Gegensätze sich nächstens ganz abschleifen werden; so dürfte z. B. schon jetzt die städtische Feuerwehr, die bereits angekündigte gesellschaftliche Unterhaltung am Donnerstag, den 24. Febr. im großen Saale des Gesellenhauses nur nach Besiegung von „Schwierigkeiten“ abhalten, weil dasselbe aus ultramontanen Haussteinen vom Schönberg gebaut worden ist. Wie gesagt, es lebe die Freiheit und es frene sich, wer da athmet im roßigen Licht, in dem die Ultramontanen, d. h. die Münster-Katholiken, bei Leibe nicht aufgereizt, sondern nur unparteiisch gezähmt werden sollen.

* Vom Schwarzwald, 4. März. Ein Korrespondent mit dem Zeichen der Waage, hat neulich das unqualifizirbare Auftreten Döllinger's mit theologischen Zeitungsartikeln und Glaubensbekenntnissen in Zeitungen auf folgende Weise erklärt: „Der berühmte katholische Theologe habe sich verlegt gefühlt dadurch, daß er nicht zu den Vorarbeiten des Concils berufen worden sei; er habe dann das bekannte Mergerniß gegeben, weil er leidenschaftlich geworden sei.“ Daß er nur in der Leidenschaft so handeln konnte, wie er handelte, ist gewiß; aber sehr zu bezweifeln ist der angegebene Grund seiner Leidenschaft. Nachdem Stifzpropst Döllinger i. J. 1868 als Thema zu einer belehrenden und unterhaltenden Vorlesung vor Herren und Damen freiwillig gerade die Rechtfertigung der Aushebung der zeitlichen Gewalt des Papstes und die Unterdrückung des Kirchenstaates gewählt hatte, mußte doch Jeder- mann fühlen, daß es mit der Stellung, welche Döllinger jetzt einnahm und mit der Stellung des Papstes unvereinbar war, daß Letzterer den Ersteren um seinen Beirath bitten sollte. Uebrigens wird von glaubhafter Seite mehrfach berichtet, der heil. Vater sei in seiner Milde und Veröhlichkeit so weit gegangen, daß er wirklich Hrn. Döllinger habe nach Rom berufen wollen; und die Ausführung dieses Entschlusses sei nur aus folgender Ursache unterblieben: Es sei nämlich ein solcher Ruf an einen theologischen Professor zu Bonn ergangen, der früher von den Liberalen als ein übertriebener Ultramontaner angesehen worden sei, jetzt aber sich ihrer Gunst erfreue. Dieser habe aber den Ruf abgeschlagen. Darauf habe man den Ruf an Döllinger unterlassen, um sich nicht einer gleichen abschlägigen Antwort, die man aus Gründen zu bezorgen gehabt habe, auszusetzen.

□ Vom Rhein, 3. März. Unsere Nationalliberalen sind wirklich von seltener Geschicklichkeit. Die ungeheure Calamität, von der sie am 24. Febr. betroffen wurden, verstehen sie sogar in ein freudiges Ereigniß umzukehren. An den europäischen Pranger gestellt, rufen sie aus: „Seht, wie glücklich wir sind, wir freuen uns aus vollem Herzen der warmen Gesinnung, die uns vom Norden aus entgegenklingt; sie soll uns Ermuthigung sein, in einem Streben zu beharren, durch welches wir auf dem Boden geschlossener Kraft den lebensvollen mächtigen deutschen Staat begründen wollen, den Staat, den das deutsche Volk aus eigener geeinter Kraft mit Festigung und Freiheit erfüllen wird.“

Der Hr. Graf in Berlin hat zwar uns sehr Unwirthliches zugesagt, allein dadurch sind wir nur etwas staubig geworden wie von Mehlthau, und das bißchen Staub bläst uns die „Bad. Korresp.“ wieder hinweg;

wozu hätten wir denn sonst diese unschätzbare Geheime! Der hochnational-liberalen „Weiserz.“ kommt die Sache indessen doch etwas ernster vor. Sie schreibt am 25. Febr.:

„Man wird wohl nicht irren, wenn man die Erklärungen, welche der Bundeskanzler gestern bei der Debatte über die Lasker'sche Resolution abgab, auf Motive zurückführt, die in den Verhandlungen selbst nur sehr schwach anklingen. Es sind nicht Gründe der inneren Politik, welche den Bundeskanzler zu der so entschieden abweisenden Haltung dem Eintritte Badens gegenüber veranlassen, sondern Erwägungen, die der allgemeinen Lage Europa's entnommen sind. Die günstigen Gestirne jenes Jahres (1866) haben ungünstigen Platz gemacht. Die großen Militärstaaten des Kontinents haben den Vorsprung der preuß. Bewaffnung eingeholt; Italien ist befriedigt und wird sich nicht zum zweiten Male auf Preußens Seite stellen; England wird jede provokatorische Politik Preußens mit äußerster Ungunst betrachten; Rußland sowohl wie Frankreich werden die Konsolidierung (resp. Verpreußung) Deutschlands auf das Entschiedenste bekämpfen, und Oesterreich wird selbstverständlich Alles aufbieten, um das Werk zu stören.“

Wir messen dem Ereignisse vom 24. Febr. eine bedeutende Tragweite bei. Der Druck, welcher stark genug war, die Präsidialmacht des deutschen Nordbundes zu bestimmen, in der geschehenen Weise gegen das badische Ministerium und die Tendenzen der national-liberalen Partei sich zu erklären, wird voraussichtlich noch weiter drücken. Zu dem offiz. Artikel der „Chr. Ztg.“ läßt sich bemerken: In der Pforzheimer Tischrede wurde gesagt, die schöne und große Aufgabe sei, sich so vorzubereiten, daß man die erste Gelegenheit ergreife, das „Ziel“, d. h. den Eintritt Badens in den Nordbund, zu verwirklichen. Auf diesem Pöbengang beruhen auch die letzten Sätze der offiziellen Erklärung. Man jagt aber einem unzulänglichen Ziele nach, man hat bisher eine phantastische Politik verfolgt, und will das Land einer solchen noch weiter aussetzen. Mathy sagte: „Wir müssen suchen hineinzukommen, auf geradem Wege oder auf Umwegen.“ Das ist die Phantasiapolitik gegenüber der Macht der Verhältnisse, welche soeben ihre Stärke darin gezeigt, daß Graf Bismarck, vielleicht sehr gegen seine innere Neigung, die national-liberale Partei und die Minister des Großherzogthums Baden in beispiellos scharfer Weise hinopfert. Alle Bindungen und geschraubten Phrasen können nicht über das Gewicht der Thatsache hinausheben, daß die nationale Verbindung der süddeutschen Staaten mit dem nordb. Bunde nur auf Grund und im Sinne des Art. 4 des Prager Friedensvertrages bewerkstelligt werden darf und kann. Die badischen Minister seit 1866 befanden sich in offener Auflehnung gegen diese Bestimmung des genannten völkerrechtlichen Vertrages; einer derselben hat sogar offiziell vor der Kammer diesen Vertrag für nicht verbindlich erklärt; ihre Stellung, ihre Politik ist in Folge der jetzigen Phase der deutschen Frage daher entschieden unhaltbar geworden. Daß Graf v. Bismarck für die Erhaltung des Ministeriums Jolly und dessen schöne und große Aufgabe keinen Krieg unternimmt, wurde nun von seinem eigenen Munde ausgesprochen.

† **Berlin**, 4. März. Reichstag. Der Entwurf, betreffend die Abänderung des Bundesstatuts für 1870 wird unverändert nach längerer Debatte angenommen. Der Entwurf über die Kontrolle des Bundesstatuts für 1870 durch die preussische Ober-Rechnungskammer wird in erster Lesung angenommen.

Es folgt die Fortsetzung der Berathung des Strafgesetzbuches. Bis § 20 wird die Vorlage angenommen.

— **Münster**, 2. März. Die Kandidatenliste des Domkapitels für die Bischofswahl ist bereits nach Berlin abgegangen. Man nennt folgende 5 Namen: den hies. Weihbischof Bogman, den Generalvikar Brinkmann, den Domherrn Giese, den Official Reisman in Wehta und den Grafen v. Galen im Seminar zu Mainz.

* **Darmstadt**, 4. März. Die zweite Kammer bewilligte in ihrer heutigen Sitzung mit großer Majorität anstatt der für die Landwehr geforderten 356,000 fl. nur 225,000 fl. — Im weiteren Verlauf der heutigen Sitzung der 2. Kammer wurde der Antrag Dumont-Edinger, — die Kammer wolle gegen die Ausrückung des Kriegsministers, als liege die Pensionierung von Offizieren nicht in seiner Hand, Verwahrung einlegen und erklären, daß durch die Militärkonvention und die norddeutsche Bundesverfassung in der konstitutionellen Verantwortlichkeit des Kriegsministeriums keine Aenderung eingetreten sei — mit 18 gegen 17 Stimmen abgelehnt.

□ **München**, 4. März. Hoffmann's Correspondenz meldet, daß der König gestern Abend den Grafen Bray in langdauernder Audienz empfangen hat. — In Günzburg sind 3 patriotische Abgeordnete gewählt: Pfarrer Bach von Ziemetshausen, Bürgermeister Brestle von Thauhausen und Magistratsrath Kastner von Burgau. Das Parteiverhältnis in der Abgeordnetenversammlung stellt sich also definitiv auf 83 Patrioten und 71 Nichtpatrioten. Die Abgeordneten-

Kammer wird ihre nächste öffentliche Sitzung Montag oder Dienstag abhalten. Gestern fand im Bayer. Hofe ein von den liberalen Abgeordneten und Wahlmännern Münchens zur Feier des jüngsten Wahlsieges veranstaltetes Zweckessen statt, dem auch Fürst Hohenlohe anwohnte.

* **Wien**, 2. März. Die Arbeiterführer Oberwinder, Scheu, Papst, Most und Behring sind heute Vormittags verhaftet und dem Landesgericht eingeliefert worden. Man erwartet hier bei Hofe den Besuch des Großherzogs von Schwaben. Wie die „W. Z.“ mittheilt, hat der Budgetausschuß an dem Ordinarium des Studienfonds für Tirol 9677 fl. gestrichen mit Bezug auf die Enthebung des Jesuitenordens von den theologischen Lehrstühlen. In Prag ist nunmehr der nicht zu den Deklaranten gehörige Ditrich mit 62 von 86 Stimmen zum Bürgermeister gewählt worden, der den Eid auf die Dezemberverfassung leisten wird. Preussische Feiern schreiben, Oesterreich spiele mit der revolutionären Partei Rumäniens unter der Decke, um den Fürsten Karl zu stürzen und Cusa wieder auf den Thron zu bringen. Man betreibt die Organisation der rumänischen Armee äußerst eifrig. Von Berlin sollen neuerdings eine Anzahl preussischer Offiziere nach Bukarest abgehen.

Die österreichische Kreditanstalt zahlt eine Superdividende von 20 fl. und legt 630,000 fl. in den Reservefonds.

Ausland.

† **Paris**, 3. März. Die Abreise des Erzherzogs Albrecht nach Wien über Florenz ist auf heute festgesetzt. Am 1. d. fand im Kriegsministerium das Diner zu Ehren des Siegers von Custoza mit 70 Gedecken statt. Es wohnten demselben auch der Minister des Aeußern Graf Daru und Fürst Metternich bei.

General Le Boeuf, der Kriegs-Minister, brachte einen Toast aus auf „den Gast Frankreich's“, worauf der Erzherzog sich erhob und in folgenden Worten dankte: „Ich bin tief gerührt von den Worten des Herrn Ministers, und ich danke ihm im Namen des Kaisers, meines Souverains, und dem der gesammten österreichisch-ungarischen Armee. Ich nehme von meinem Aufenthalte in Frankreich die angenehmsten Erinnerungen mit mir, sowohl der lebenswürdigen Aufnahme wegen, die ich gefunden, der hoch interessanten Dinge wegen, die ich gesehen und studirt, als auch wegen der schönen Armee, in der zahlreiche Bekanntschaften anzuknüpfen ich vollauf Gelegenheit hatte und die ich heute das Vergnügen habe, in so berühmten Vertretern um mich versammelt zu sehen. Ich benutze diese Gelegenheit, meine Gefühle kund zu geben, indem ich auf das Wohl des Kaisers, der Kaiserin, des kaiserlichen Prinzen und der französischen Armee mein Glas leere.“ Der Kriegs-Minister sprach hierauf noch einige Dankesworte, die namentlich den rein militärischen Charakter des Festes betonten und die von der Versammlung sehr beifällig aufgenommen wurden. — Der Herzog v. Grammont wird aus Wien hier erwartet.

Der päpstliche Nuntius hatte letzten Sonntag bei dem Kaiser eine längere Audienz. Vater Hyacinth legt mit päpstl. Dispensation das Ordensgewand ab und trägt fortan den Namen Abbé Loyson. — Das „Journal officiel“ meldet die Ernennung Delanay's zum Direktor des Observatoriums.

In dem soeben erschienenen Hirtenbriefe des Erzbischofs von Paris ist von dem Concil nicht die Rede. Der bisher durch Krankheit zurückgehaltene Erzbischof von Bordeaux, Cardinal Donnet, ist so eben nach Rom abgereist.

Die „Fr. Correspond.“ läßt sich aus guter Quelle versichern, Graf Daru habe sein Bedenken darüber geäußert, daß Graf Bismarck bei seinen Reden über die badische Anschlussfrage unter allen Gründen, aus welchen er sich dem Eintritte Badens in den Nordbund widersetze, den entscheidendsten, nämlich den Prager Frieden, nicht nur nicht angeführt, sondern in seinen Auslassungen offenbar absichtlich ignorirt habe.

Das „offizielle Journal“ enthält das Decret, wodurch der Bischof Ginoulhiac von Grenoble zum Erzbischof von Lyon, an Stelle des verstorbenen Cardinals de Bonald, ernannt wird.

† **Pesth**, 4. März. In einer gestern stattgefundenen Konferenz der Deal-Partei legte der Kultusminister Frhr. v. Eötvös einen Gesetzentwurf bezüglich der freien Ausübung jeder Religion vor. Der Entwurf gestattet die Ausübung der Religion ohne Ausnahme, sowie die Bildung freier Genossenschaften. Die Ehe wird als bürgerlicher Vertrag aufgefakt, die Erziehung der Kinder ist ein ausschließlich den Eltern zustehendes Recht.

† **London**, 3. März. Im Unterhaus legte der Kriegsminister das Armeebudget vor. Die darin vorgeschlagenen Ersparnisse belaufen sich auf 1,136,900 Pfund Sterling. Der Prinz von Wales wurde aus Anlaß der kürzlichen Gerichtsverhandlung bei seinem Erscheinen im Adelphi-Theater mit fürchtbarem Rischen und Pfeifen empfangen.

* **Karlsruhe**, 5. März. In Folge der von der zweiten Kammer angenommenen neuen Sozialgesetze hat die Gr. Regierung eine Vorlage für Abänderung des § 2 Ziff. 3 des Gewerbesteuergesetzes gemacht, folgenden Inhaltes:

„Das Einkommen aller Derer, die als Hilfsarbeiter in landwirthschaftlichem und gewerblichem Betriebe bei anderen Personen um Lohnarbeiten, sofern es, einschließlich von Kost und Wohnung den Betrag von 250 fl. jährlich nicht übersteigt, bleibt frei von der Gewerbesteuer.“

Das mit der „Badischen Landeszeitung“ seit drei Monaten ausgegebene Landtagsblatt geht ein, laut Anzeige in der heutigen Landeszeitung.

△ **Konstanz**, 3. März. Gestern ging eine Adresse an die hohe erste Kammer um Einführung des geheimen und direkten Wahlrechts ab; dieselbe bedeckte sich innerhalb 48 Stunden mit 457 Unterschriften, und hätte man nur noch einen Tag Zeit genommen, so würde sich dieselbe um einige Hundert vermehrt haben.

* **Waldshut**, 3. März. Der kath. Bürgerverein hat am Fastnachtmontag einen recht vergnügten Familienabend gefeiert. — In Limpach, Amt Ueberlingen, ist am 1. d. das Schulhaus abgebrannt.

† **Achern**, 4. März. Nächsten Sonntag, 6. d., findet eine Versammlung der national-liberalen Partei dahier statt.

Mannheim, 4. März. (N. B. L. Z.) Die Frau Großherzogin verweilte gestern Nachmittag in unserer Stadt und besuchte das Spital, das Groß. Institut und die Töchterchule. Mit dem Abendzug kehrte die Landesfürstin zur Residenz zurück.

Schopfheim, 2. März. Sparkassenverwalter A. Ziegler ist der gerichtlichen Haft entlassen und die fernere Untersuchung gegen denselben eingestellt worden, nachdem festgestellt war, daß das Vermögen der Sparkasse vollständig vorhanden und auch für etwaige, im Verlauf der Liquidation sich noch ergebende Defizits genügende Sicherheit geboten sei.

* **Karlsruhe**, 5. März. Zur heutigen 67. öffentl. Sitzung der zweiten Kammer fand sich auf der Tribüne eine außerordentlich zahlreiche Zuhörerschaft ein, da in der Stadt das Gerücht verbreitet war, es werde eine Besprechung des Vorganges im norddeutschen Reichstage vom 24. Febr. über die badische Anschlussfrage stattfinden. Diese Ursache ist voranzuzusetzen, da wegen der Todesstrafe-Diskussion nicht wohl eine so stark gefüllte Tribüne zu erwarten gewesen wäre. Von dem Hause ist eine ebenso reichliche Besetzung nicht zu melden. Zunächst erstattete der Abg. Köhler Bericht über eine Nachtragsforderung zum Budget des Justizministeriums von 8720 fl. für Vervollständigung der Amtsgerichtsaktulare. Wird genehmigt. Hierauf berichtet der Abg. Lamey über den von Kufel und Genossen eingebrachten Gesetzesvorschlag über Abschaffung der Todesstrafe. Die Diskussion wird eine langwierige. Nachdem Lamey, Kufel, Justizminister Obkircher, Nikolai, Köhler, v. Sulat, Kiefer und Mühlhäuffer gesprochen hatten, beantragte Holzmann Schluß der allgemeinen Debatte. Wird mit großer Mehrheit beschloffen. Der Antrag des Berichterstatters, mit dem Kufel sich einverstanden erklärte, lautet: An die Stelle der Todesstrafe tritt im Zivil- und Strafrecht überall lebenslängliche Zuchthausstrafe. Bei namentlicher Abstimmung wurde der Gesetzesvorschlag in dieser Fassung mit 40 gegen 9 Stimmen in erster Lesung angenommen. Dagegen stimmten: Baumhart, Bissing, v. Sulat, Hummel, Lender, Lenz, Lindau, Mühlhäuffer und Nikolai. (v. Feder enthielt sich der Abstimmung. Köhler stimmte für das Gesetz.)

Just.-Minister-Präs. Obkircher erklärte als Regierungsstandpunkt, daß man mit Rücksicht auf das Schicksal der Frage im Nordbunde freie Hand sich vorbehalte.

Hierauf kam das Anti-Gidesbelehungs-gesetz zur Berathung. Angenommen mit allen gegen 4 Stimmen. —

Endlich wurde die Erwartung in Bezug auf die Anschlussfrage erfüllt, es kam der Jurisdictionstrait an die Reihe. Ministerialpräs. v. Freydorff versicherte, daß Lasker keinen Auftrag von der bad. Regierung gehabt habe, den bekannnten Antrag zu stellen. Es sprachen Eckhard, Köhler, v. Feder und dann Kiefer, der hauptsächlich betont, daß Graf Bismarck nichts von seiner Politik in der deutschen Frage ausgehen habe, und nur den jetzigen Augenblick zur Ausführung nicht für gelegen erachte. — Bei Schluß des Vortrags wählt die Sitzung fort. Vertrag wird unzweifelhaft genehmigt.

Die Diskussion wurde eine sehr „animirte“ durch den Eintritt der Abgg. Bissing, Lender und Lindau in die Diskussion. Die zahlreiche jüdische Zuhörerschaft züchte lebhaft, als der Abg. Bissing am Schluß seiner Rede die Kammer einlub, erst zu dem Hummel'schen Vorschlag wegen des Landgrabens zu schreiben, ehe man Hand an das Mainüberbrückungsprojekt lege.

Die erste Kammer konnte nur die Budgetsachen erledigen, da für die Berathung des Gesetzes betr. die Aushebung der Schutzpatronate die erforderliche beschlußfähige Anzahl Mitglieder nicht vorhanden war.

Neueste Post.

* **Berlin**, 4. März. Die bayer. Regierung notifizirte die Ernennung des Grafen Bray zum Ministerpräsidenten und gab dabei ihren festen Entschluß kund, die auf dem Allianzvertrage basirende nationale Politik aufrecht zu erhalten.

Briefkasten.

Der geehrte Herr Einsender N. B. des Inserates in Nr. 52 und 53 d. Bl. mit Ueberschrift: „Annonce“, betr. „Such eines Frenzimmers in einem Spezerelladen“, wird höflichst ersucht, uns seinen Wohnort gefälligst anzeigen zu wollen. — Nach Freiburg: Hrn. A. L. stud. theol.: die betr. Kosten betragen 14 fl. 40 kr.

Gestorben in Karlsruhe.

3. März. Friedrich Müller, Posamentier, 38 J.
3. „ Amalie v. Liebenstein, Privatierin, 84 J.
4. „ Ida, Anna, B.: Lokomotivführer Schuß, 4 Mon.
14 Tag.

265. Neubingen.

Todesanzeige.



Gestern Nachmittags um 1 Uhr starb dahier nach 10-tägiger Krankheit, versehen mit den heil. Sterbsakramenten, mein lieber Vater **Johann Nepomuk Hauber**, Bürger und Schneidemeister von Konstanz. Er erreichte ein Alter von 66 Jahren und 4 Monaten.

Indem ich diese Trauerkunde allen Freunden und Bekannten mittheile, empfehle ich den Verstorbenen ihrem Gebete.

Neubingen, den 4. März 1870.
Im Namen der Hinterbliebenen:
Rudolf Hauber, Caplan.

In Ludwig Schmid's Buchhandlung in Freiburg, Unterlinden, erschien soeben:

Neues Formularbuch

oder **Anleitung zur vorsichtigen Abschlussung der Verträge**

und **Vornahme anderer Rechtsgeschäfte.**

Bearbeitet von einem **praktischen Juristen.**
Preis br. 1 fl. 12 kr., geb. 1 fl. 30 kr.
(Bildet zugleich eine Fortsetzung zum Neuen Babilischen Abvokaten.)
Vorräthig in allen Buchhandlungen.

268. Karlsruhe.

Nachruf!

Nach fünfjährigem Wirken verließ uns letzte Woche der hochw. Herr Caplan **Burgard**, um, dem Rufe seiner Behörde folgend, seinen neuen Wirkungskreis in Schönaun anzutreten. Wir rufen ihm bei dieser Gelegenheit unser dankbares Lebewohl nach mit dem herzlichsten Wunsche, Gottes Segen möge ihn auch dort bei seinem Wirken begleiten.

Der kath. Männerverein Constantia.

262.2.2. Freiburg und Rickenbach.

Accord-Begebung.

Für Reparatur der Pfarrkirche und des Pfarrhauses zu Rickenbach sollen die genehmigten Bauarbeiten sammt Material im Anschlag zu:

Maurerarbeit 580 fl. — kr.
Schreinerarbeit 119 fl. 21 kr.
Schlosserarbeit 351 fl. 32 kr.
Blechnarbeit 242 fl. 26 kr.
Glaserarbeit 84 fl. — kr.
Anstreicherarbeit 101 fl. 11 kr.
Tapezierarbeit 67 fl. 20 kr.
Hafnerarbeit 100 fl. 24 kr.
im Commissionswege in Accordausführung begeben werden.

Kostenanschläge und Accordbedingungen sind vom 10. bis zum 24. d. M. bei katholischer Stiftungskommission Rickenbach, an welche auch die Angebote schriftlich, versiegelt und portofrei bis zum 25. d. M. einzureichen sind, zur Einsichtnahme der lufttragenden Handwerksmeister aufgelegt.

Freiburg und Rickenbach, den 3. März 1870.

Erzbischöfliches Bauamt. Katholische Stiftungskommission.

Lehrlingsgesuch.

In ein frequentes Manufactur-, Spezerei- und Kurzwaarengeschäft einer Fabrikstadt Badens wird ein junger Mensch mit den nöthigen Vorkenntnissen als Lehrling gesucht. Kost, Wohnung, sowie elterliche Aufsicht im Hause. — Franco-Offerten unter Nr. 72 befördert das Bureau dieses Blattes. 264. 2. 1.

Unterzeichnete erlaubt sich, auf nachstehende, anerkannt meisterhaft ausgeführte

Kreuzweg-Stationen

203.3

- aufmerksam zu machen und sich zur Beschaffung derselben bestens zu empfehlen:
1. **Fortner's großer hl. Kreuzweg** in 14 Stationen, 33 1/2" hoch und 25" breit; direct auf Malerleinwand gedruckt; auf Blendrahmen gespannt 210 fl.
 2. **Mündener großer Kreuzweg**, 32 1/2" hoch und 23 1/2" breit; auf starker Leinwand; auf Blendrahmen gespannt 89 fl. 15 kr.
 3. **Mündener kleinerer Kreuzweg**, 24 1/2" hoch und 17 1/2" breit; ebenfalls auf starker Leinwand; auf Blendrahmen gespannt 54 fl. 15 kr.

Die letzteren eignen sich durch billigen Preis, bei sehr schöner Ausführung, besonders zur Anschaffung für kleinere Kirchen.
Prospecte und Probestationen werden auf Wunsch gerne versandt.
Entsprechende Rahmen werden in kürzester Zeit billigt geliefert.
Freiburg. Literarische Anstalt.

Gedenkblatt an das ökumenische Concil!
Der Fels Petri

gezeichnet von **K. Baumeister.**

Eine Composition, so genial und großartig als der Inhalt einer solch erhabenen Darstellung von einem Meister in der Kunst nur gegeben werden kann. Es ist dem bekannten und berühmten Bilde, Zerstörung Jerusalems von Kaulbach ebenbürtig in der originellen Ausführung der hohen Idee der Kirche Gottes auf Erden, auch der Fels Petri von dem Künstler selbst benannt, und allen gläubigen Zeitgenossen des gegenwärtigen Concils gewidmet, welches die Veranlassung zu diesem Bilde gegeben hat.

Noch besonders interessant wird dieses Kunstwerk durch die technische Ausführung und Vielfältigkeit mittelst des neu erfundenen photographischen Druckverfahrens von H. Photograph J. Albert in München, wodurch die Abdrücke an Schönheit und Dauerhaftigkeit den Kupferstichen gleichkommen.

I. Ausgabe groß 4^o. — 48 fr. — II. Ausgabe, halb Folio 1 fl. 45 fr. — III. Ausgabe groß Folio 3 fl. 30 fr.
Dieses Meisterwerk bildet eine würdige Decoration für Lokale von katholischen Casinos, Gesellensvereinen, sowie jeder christlichen Familie. Aufträge erbittet direct
248.3.1 **F. Gypen's Kunstverlag in München.**

1105.18. Karlsruhe und Baden-Baden.

5% Pfandbriefe der Oesterreichischen Boden-Credit-Anstalt.

Die am 1. November fälligen Coupons und verloosten Pfandbriefe sind von heute an unserer Kasse zahlbar.

Im Auftrag der Anstalt zeigen wir zugleich an, daß die oben genannten 5% Pfandbriefe, deren **Coupons und Capital in Silber ohne Steuerabzug zahlbar sind zum Cours von 90%** bei uns bezogen werden können.
Karlsruhe und Baden-Baden, den 26. Oktober 1869.
G. Müller & Cons.



Auswanderer-Beförderung nach Amerika
mit Dampf- und Segel-Schiffen.

Aufmerksame Behandlung. Billigste Preise.
Friedrich Alal, Sohn,
Concess. Bez.-Agent.
Karlsruhe. — Waldhornstraße 21.

Sühneraugen

entfernt schmerzlos und schnellstens nach der Methode „Mikulicz“
F. Wiltenberger, Chirurg,
252.2.2. Kronenstraße 45 am Friedrichsthor.

Epileptische Krämpfe (Fallsucht)

heilt brieflich der Spezialarzt für Epilepsie Doctor **O. Killisch** in Berlin, Mittelstraße 6. — Bereits über Hundert geheilt. 75.29

Villa zu verkaufen,

sehr geräumig, baulich in vorzüglichem Zustand. Größere Neben- und Oekonomiegebäude, Stallungen für Pferde und Vieh, Wagenremise und alle häuslichen Bequemlichkeiten. Englischer Park, theils im Thal, theils auf dem Berg, mit Teich, Blumengarten, Treibhaus, Gemüse- und Obstgärten, Weinberg. Auch können Wiesen und Felder abgegeben werden. — Nächst Karlsruhe, unweit Baden-Baden, an der Frankfurt-Paris-Basler-Eisenbahn. — Diese Villa eignet sich auch zu jeglicher Fabrikanlage, Kaltwasser- und sonstigen Bade- und Institutseinrichtungen, und vermöge seiner ausgezeichneten Keller auch zu Weinhandlung. — Näheres beim Bureau dieses Blattes. 263.2.1.

Ein Marktstand ist zu verkaufen, Lammstraße 27 in Baden. 259.2.2

Weinversteigerung.

Am **Donnerstag den 17. März 1870**, Vormittags 1/2 11 Uhr, läßt Grundherr Baron v. Bulach in seiner Behausung in Durbach bei Offenburg durch den Unterzeichneten nachfolgende, selbstgezogene Weine gegen baare Zahlung bei Abfassung öffentlich versteigern:
ca. 1000 Ohm 1866er, 67er, 68er und 69er Bergwein, Klevner, Klingelberger und weißer Bordeaux, und 130 Ohm 1868er Rothen.
Offenburg, den 18. Febr. 1870.
208.3.2. **Faver Pfizmayer.**

Warnung!

Jrgend ein mir unbekanntes Individuum treibt sich im Lande herum, gibt sich für meinen Bruder aus und sucht Geld auf meinen Namen hin zu erschwindeln. Der neue Gladiateur scheint es besonders auf Pfarrhäuser abgesehen zu haben. Ich warne hiemit Jedermann vor dem Betrüger. 265
Rastatt, den 4. März 1870.
P. Lindauer, Militärgesäßlicher.

Constantia.

Die Mitglieder versammeln sich heute Abend 7 Uhr im **Gesellenhaus** zu einer wichtigen Besprechung, und wird um pünktliches Erscheinen gebeten. 269
Der Vorstand.

Borzügliche Köchinnen

— theilweise auch ganze Haushaltung zu übernehmen — können auf Oftern gute Stellen erhalten durch das **270**
Commissionsbureau von **J. Scharpf**,
Karlsstraße 43 in Karlsruhe.

Alte Fenster zu einer Bauhütte geeignet, sind zu verkaufen; zu erfragen im Bureau dieses Blattes.

Geld auszuleihen.

Im Bausond zu **Heimbach** sind **250 fl.** sogleich anleiungsweise auf gefessliche Versicherung und Zinsfuß zu haben. 268.2.1. Heimbach.

Lehrling, ein kräftiger, bei sofortigen Bedingungen, sucht **259.2.2**

Heinrich Sonntag,
Handelsgärtner, Bleichstraße 25.

Möbelschreiner, tüchtige, fin-

sten- und geschweifte Arbeiten dauernde Beschäftigung bei **L. Wittich** in Karlsruhe. 256.2.2

Verloosungsliste

Soeben ist der 4. Jahrgang der über alle bis 1. Januar 1870 gezogenen Serienloose nebst Verloosungskalender für 1870 erschienen; sie wird gegen 12 württ. oder andere Kreuzermarken franco zugesandt von **A. Dann** in Stuttgart. Derselbe sieht auch Loose in allen früheren Ziehungen à 6 kr. per Stück nach, bei Parthien à 3 kr. 1270.6.6

Holzversteigerung.

Aus Großh. Hardtwalde werden versteigert:
Montag den 7. März
aus derselben Abtheilung:
91 Klafter buchenes, 3 Klafter eichenes, 24 Klafter forlenes Scheit- und Brügelholz und 72 Klafter eichenes Stockholz,
5000 Stück buchene, 2200 Stück forlene Wellen und
12 Loose Schlagraum.
Die Zusammenkunft ist am 5. und 7. am Hochstetter Parkthor, jedesmal Früh 9 Uhr.
Friedrichsthal, den 24. Febr. 1870.
Großh. Hof-Bezirksforstei Friedrichsthal.
v. Merhart.

Fallsucht ist heilbar!

Eine Anweisung, die Fallsucht (Epilepsie, epilept. Krämpfe) durch ein nicht medizinisches **Universal-Gesundheitsmittel** binnen kurzer Zeit radical zu heilen. Herausgegeben von **Fr. A. Quante**, Fabrikant zu Warendorf in Westfalen, Inhaber mehrerer Ehrenzeichen u. a., welche gleichzeitig **zahlreiche, theils amtlich constatirte, resp. eidlich erhärtete** Atteste u. Dankausdrücke von glücklich Geheilten aus fast sämtlichen europäischen Staaten, sowie aus Amerika, Asien u. enthält, wird auf directe Franco-Bestellungen vom Herausgeber gratis-franco versandt. 237.3.1

Posttheater in Karlsruhe.

Sonntag 6. März. Ausnahmeweise wird die gewöhnliche Folge der Abonnementsnummer unterbrochen. Erstes Quartal. **38.** Abonnements-Vorstellung: **Der Troubadour.** Große Oper in vier Akten von Verbi. Graf Luna: Hr. Schloffer vom Hof- und Nationaltheater in Mannheim als Gast. Manrico: Hr. Ferenczy zum ersten Debut. Anfang halb 7 Uhr.